

Frau & Politik

Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands

FU!

Ausgabe 3/2017 · 63. Jahrgang G2977

**Für ein Deutschland,
in dem wir gut
und gerne leben.**



CDU

Auf den Punkt gebracht	2
Schwerpunkt Regierungsprogramm	
Stark für Frauen und Familien	5
Ordnung und Sicherheit	7
Starke Wirtschaft	8
Menschenrechte	
Vergewaltigung als Strategie	9
Frau im Gespräch	
Ina Scharrenbach	10
Frau & Info	11
Luther 2017	
500 Jahre Reformation	12
Frau & Info	13
Frau vor Ort	
Dialog mit Frauen	
Ära Trump	14
Frau & Info	15
Impressum	15



Liebe Frauen,

Wahlerfolge der Union sind vor allem auch der hervorragenden Unterstützung von Frauen zu verdanken. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Die Union trifft inhaltlich und personell den Nerv der Frauen. Bei der letzten Bundestagswahl haben 44 Prozent der Frauen die Union gewählt, bei einem Ergebnis von 41,5 Prozent für die Union insgesamt. Das war die höchste Zustimmung der Frauen seit der Bundestagswahl 1990. Bundeskanzlerin Angela Merkel überzeugt Frauen durch ihre erfolgreiche Arbeit und ihren authentischen Regierungsstil – und das weit über die Grenzen Deutschlands hinaus.

Unsere Unterstützung für Angela Merkel wollen wir besonders im Rahmen unseres Bundesdelegiertentages vom 26.-27. August 2017 in Braunschweig demonstrieren. „Starke Frauen. Starkes Deutschland.“ – das ist unser Motto. Wir haben starke Kandidatinnen für die Bundestagswahl mit Angela Merkel an der Spitze.

Die Bilanz der Union in dieser Legislaturperiode kann sich sehen lassen. Die Frauen Union hat zahlreiche Projekte verwirklicht. Wir haben Wort gehalten und viel Gutes erreicht!

Besonders in der Frauenpolitik haben wir Akzente gesetzt. Die sexuelle Selbstbestimmung wurde gestärkt und der Schutz von Frauen und Minderjährigen vor Gewalt verbessert.

Durch die Übergriffe in der Silvesternacht 2015 in Köln und anderen Städten wurde deutlich erkennbar, dass Schutzlücken im Strafrecht bestanden. Die Frauen Union hat als treibende Kraft durchgesetzt, alle nicht einvernehmlichen sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen. Das Sexualstrafrecht wurde verschärft. Nein heißt Nein gilt.

Die Zunahme von Kinderehen gerade unter den aus Kriegsgebieten Geflüchteten mahnte zum Handeln. Mit der Festlegung des Mindest-Heiratsalters auf 18 Jahre wird im Gesetz zum Verbot von Kinderehen ein deutliches Zeichen gesetzt. Auch im Ausland geschlossene Kinderehen werden bei uns in Deutschland nicht länger akzeptiert.

Mit dem Prostituiertenschutzgesetz und dem Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels konnten wir auch die Freierstrafbarkeit bei Zwangsprostitution verankern.

Wo Frauen in gleicher Position weniger als Männer verdienen, müssen Benachteiligungen beseitigt werden. Mit dem Entgelttransparenz-Gesetz haben wir dazu einen wichtigen ersten Schritt gemacht.

Die Analyse, dass gemischte Teams erfolgreicher arbeiten, ist nicht neu. Auch die Wirtschaft würde von mehr qualifizierten Frauen in Führungspositionen profitieren. Daher wurde eine gesetzliche Quote für Aufsichtsräte in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst eingeführt. Es sind bereits erste Erfolge sichtbar.

Durch Veränderungen im Steuerrecht wird Ehegatten der Wechsel aus der Steuerklassenkombination III/V zurück in die Steuerklassen IV/IV erleichtert. Zukünftig ist dies bereits nur auf Antrag eines Ehegatten möglich. Die hohen monatlichen steuerlichen Abzüge in Steuerklasse V stellten bis dato eine starke Motivationsbremse für Frauen dar, wieder stärker erwerbstätig zu sein.

In Deutschland beziehen Frauen um 53 Prozent geringere eigene Alterssicherungseinkommen als Männer. Daher haben wir einen weiteren Rentenpunkt für Kinder eingeführt, die vor 1992 geboren wurden. Insgesamt 9,5 Millionen Eltern erhalten mehr Geld. Aktuell gibt es pro Kind rund 360 Euro im Jahr zusätzlich. Die Mütterrente wurde damit erheblich ausgeweitet.

Für alleinerziehende Mütter und Väter wurde der steuerliche Entlastungsbetrag deutlich angehoben und erstmals nach der Kinderzahl gestaffelt. Außerdem wird die finanzielle Situation von Alleinerziehenden verbessert, deren ehemalige Partner keinen Kindesunterhalt zahlen.

Mit einer Politik für mehr Zeit, mehr Geld und bessere Infrastruktur unterstützen wir Familien, ihr Leben nach ihren Wünschen zu gestalten. Mit der flexiblen Elternzeit und dem ElterngeldPlus, einem höheren Kindergeld und höheren Kinderfreibeträgen sowie dem Ausbau der Kin-

derbetreuung haben wir viel erreicht. Inzwischen besuchen 95 Prozent aller Kinder vor der Schule einen Kindergarten. Eltern sollen Familie und Beruf miteinander vereinbaren können. Uns geht es nicht um ein starres Korsett, sondern um gute flexible und bedarfsgerechte Lösungen.

Mit Begeisterung und hochmotiviert gehen wir in die heiße Phase des Wahlkampfs. Die CDU ist die Familienpartei! Wir unterstützen Frauen und Familien in ihrer konkreten Lebenssituation. Lassen Sie uns diese gute Botschaft im Bundestagswahlkampf gemeinsam verbreiten! Wir müssen innerhalb und außerhalb der Frauen Union mobilisieren.

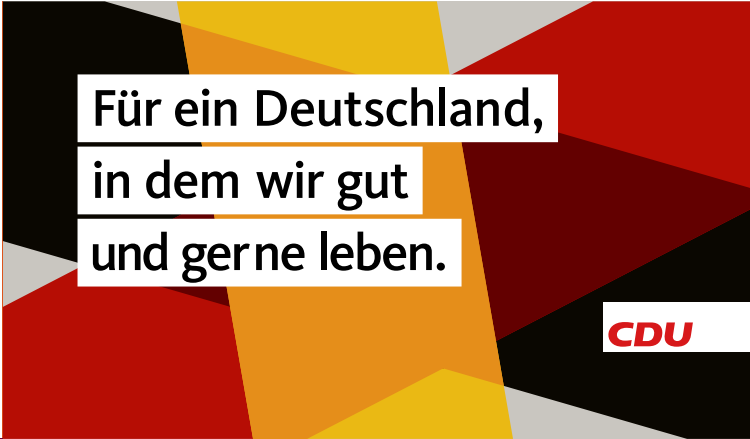
Es entscheiden sich immer mehr Menschen immer später, wen sie wählen. Diese Unentschlossenen wollen wir erreichen. Der Tür-zu-Tür-Wahlkampf ist dabei ein wichtiges Element. Bei den zurückliegenden drei Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen zeigte sich der Erfolg der Haustürbesuche: In allen drei Landtagswahlen konnten wir die größte Gruppe der vormaligen Nichtwähler für die CDU gewinnen. Dieses Engagement lebt von der Unterstützung vieler Frauen und Männer der Union. Machen Sie mit! Ob mit der connect17-App auf dem Smartphone oder mit dem Klemmbrett in der Hand – jeder Hausbesuch zählt. Es lohnt sich, denn wir haben die besseren Politikangebote.

Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Geben Sie bei der Bundestagswahl am 24. September beide Stimmen für die CDU.

Herzlichst,

Annette Widmann-Mauz

Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands



Für ein Deutschland,
in dem wir gut
und gerne leben.

CDU

Gute Zukunft für morgen

Wir wollen ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Dafür haben wir überzeugende Konzepte:

Familien entlasten und Kinder fördern. Mit unserer Politik für mehr Zeit, mehr Geld und bessere Betreuung ermöglichen wir Familien, ihr Leben nach ihren Wünschen zu führen.

Innere Sicherheit gewährleisten. Wir setzen auf einen starken Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger schützt.

Wohlstand sichern und ausbauen. Wir setzen auf eine starke Wirtschaft, die für Wachstum, Wohlstand und sichere Jobs sorgt.



Unsere Forderungen zur Frauen- und Familienpolitik sind jetzt im Regierungsprogramm!

Stark für Frauen und Familien

Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Im Regierungsprogramm von CDU und CSU steht die Familienpolitik im Mittelpunkt. Dies ist ein großer Erfolg für unsere bisherige Arbeit und unsere Initiativen für die künftige Politik in Deutschland. Wir stärken alle Familien und damit den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Mehr Zeit für Eltern, mehr Geld für Kinder und Unterstützung im Alltag. Dieser Dreiklang leitet uns. In der Frauenpolitik machen wir uns für die Gleichberechtigung stark. Frauen wollen nicht nur gleiche Rechte, sondern Gleichstellung in allen Lebensbereichen.

Zeit für Familien

Wir stehen für echte Wahlfreiheit der Eltern. Familien sollen selbstbestimmt und eigenverantwortlich darüber entscheiden, wie sie ihr Leben mit Kindern gestalten. Wir schreiben kein bestimmtes Familienmodell vor. Familien brauchen Zeit miteinander und füreinander. Wir wollen ihnen mehr individuelle Flexibilität ermöglichen – von der Geburt der Kinder bis zur Pflege ihrer Eltern.

Durch einen Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit wollen wir es Frauen und Männern besser ermöglichen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Gemeinsam mit den Tarifpartnern werden wir flexible Modelle entwickeln, mit denen Familien mehr Zeit miteinander verbringen können.

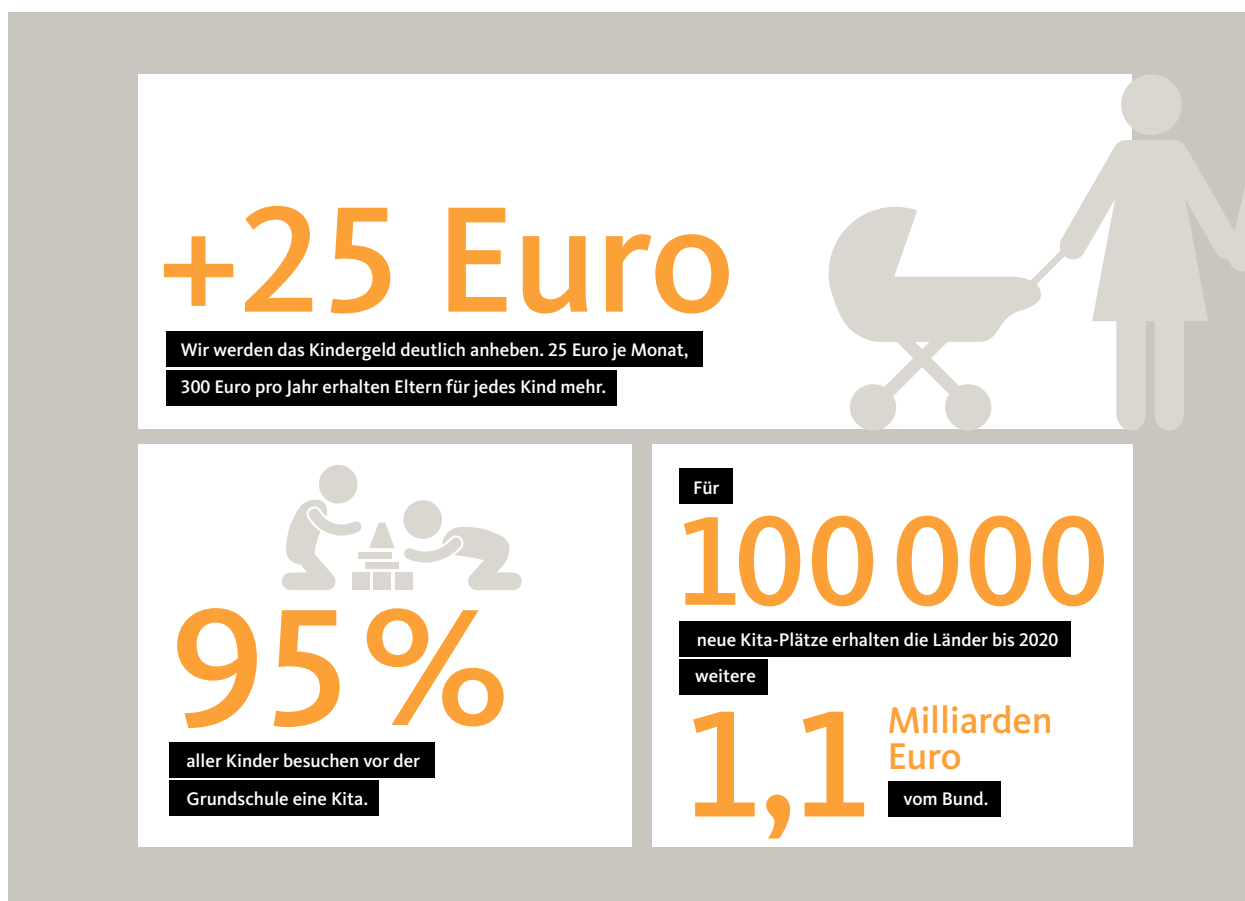
Die CDU hat mit der Einführung der Elternzeit und der Familienpflegezeit wichtige Weichen gestellt. Mit dem ElterngeldPlus gibt es jetzt schon die Möglichkeit, das Elterngeld in halber Höhe dafür über die doppelte Zeit zu beziehen. Wir werden prüfen, ob im Rahmen von Familien- und Lebensarbeitszeitkonten mehr Spielraum für Familienzeit geschaf-

fen werden kann. Wir wollen die Voraussetzungen für ein lebensphasenorientiertes, flexibles Familienzeitkonto schaffen, auf dem gesetzliche Zeitguthaben für Erziehungs- und Familienpflegezeiten und die entsprechenden Leistungen zusammengeführt werden. Im Verlauf der Lebensphasen sollen sie flexibel in Anspruch genommen oder zwischen Eltern übertragen werden können. Individuelle Lebensarbeitszeitkonten können so weiterentwickelt und mit zusätzlichen Leistungen, zum Beispiel tariflichen, kombiniert und ausgebaut werden. Ein solches Familienzeitkonto sollte aus Gründen der Portabilität und Insolvenzsicherung bei einer zentralen Stelle angebunden sein.

Sichere Perspektiven

Wir wollen Familien entlasten und fördern. Das bestehende Ehegattensplitting wird um eine Kombination aus höherem steuerlichen Freibetrag und mehr Kindergeld ergänzt. Das Kombimodell aus Kinderfreibetrag und Kindergeld fördert alle Familien nach ihrer Leistungsfähigkeit. Wir werden das Kindergeld in einem ersten Schritt um 25 Euro erhöhen. 300 Euro mehr pro Kind und Jahr sind für die Familien ein starkes Signal. Gleichzeitig wird der Kinderfreibetrag entsprechend erhöht. Abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung werden wir in einem zweiten Schritt den Kinderfreibetrag komplett auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags anheben und das Kindergeld entsprechend erhöhen.

Familien brauchen auch eine Unterstützung zum Erwerb von Wohneigentum. Damit der Traum vom eigenen Heim wahr werden kann, führen wir ein Baukindergeld in Höhe von 1200 Euro jährlich für jedes Kind ein, das auf zehn Jahre ge-



zahlt wird. Zusätzlich soll es beim erstmaligen Kauf von selbstgenutztem Wohneigentum Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer für Erwachsene und Kinder geben.

Gegenseitige Verantwortung für Familie gilt lebenslang. Kinder pflegebedürftiger Eltern und sonstiger Angehöriger, zu deren Unterhalt sie verpflichtet sind, wollen wir besser vor einer Überforderung schützen. Daher soll ein Rückgriff auf Kinder erst ab einem Einkommen von 100.000 Euro erfolgen.

Zusätzlich wollen wir eine Anlauf- und Auskunftsstelle für alle Familienangelegenheiten schaffen, damit junge Familien in Zukunft bestmöglich die Vielfalt der staatlichen Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen können.

Gute Strukturen

Wahlfreiheit im Hinblick auf Erziehung und Betreuung der Kinder setzt voraus, dass Betreuung bedarfsgerecht angeboten wird. Dazu werden wir den Ausbau der Kindertagesstätten weiter voranbringen und die Betreuung verbessern.

Mit dem Rechtsanspruch auf bedarfsgerechte Betreuung im Grundschulalter will die Union Familien im Alltag unterstützen. So wird Betreuung auch in dieser wichtigen Lebensphase sichergestellt. Es geht nicht um ein starres Korsett, sondern um gute flexible und bedarfsgerechte Lösungen. Die Vielfalt der bestehenden Betreuungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel Kinderhorte, wollen wir erhalten. Laut einer neuen Berechnung des Prognos-Instituts gibt es in Deutschland einen zusätzlichen Bedarf einer Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder von 550.000 Plätzen. Parallel zur Erhöhung der Betreuungsplätze werden wir die Qualität von Bildung und Betreuung ausbauen. Dazu gehört auch ausreichend gut aus-

gebildetes Personal. In diesem Zusammenhang werden wir auch die Steuerbefreiung für Zuschüsse der Arbeitgeber für Betreuungskosten bis zum Ende der Grundschule ausweiten.

Diese Maßnahmen helfen besonders auch Alleinerziehenden. Darüber hinaus sollen alleinerziehende Mütter und Väter, welche nach der Geburt ihrer Kinder auf Berufstätigkeit verzichtet haben, eine regelmäßige Beratung über Möglichkeiten zur beruflichen Wiedereingliederung erhalten.

Mit der geplanten „Nationalen Weiterbildungsstrategie“ gehen wir einen weiteren Schritt, lebenslanges Lernen zu unterstützen. Das hilft allen beruflichen Wiedereinsteigern.

Gleichstellung

In allen Lebensbereichen prägen Frauen heutzutage unser Land mit. Ihre Gleichstellung ist trotzdem noch nicht überall erreicht. Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen. Mit der Frauenquote in Aufsichtsräten haben wir erste Erfolge erzielt. Weitere Anstrengungen sind notwendig. Im öffentlichen Dienst wollen wir bis spätestens 2025 eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Leitungsfunktionen auf allen Ebenen verwirklichen.

Die Wirkung des Entgelttransparenz-Gesetzes werden wir überprüfen und gegebenenfalls weitere Schritte unternehmen. Viele Frauen arbeiten in sozialen Berufen. Wir wollen ihre Arbeitsbedingungen weiter verbessern und den Berufseinstieg erleichtern.

Annette Widmann-Mauz MdB,
Vorsitzende der Frauen Union der CDU

Ordnung & Sicherheit



Für ein Deutschland, in dem wir frei und sicher leben.

Kaum ein Thema beschäftigt uns derzeit mehr als die Sicherheit in unserem Land. Das ist nicht verwunderlich, denn für die meisten Menschen gehört die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit zu den mit Abstand wichtigsten Aufgaben von Politik. Hier stehen wir vor großen Herausforderungen: sie reichen von Wohnungseinbrüchen über extremistische und islamistische Gewalttäter bis hin zu Attacken im Cyberraum.

Wir als Union stellen uns diesen Herausforderungen nüchtern, pragmatisch und maßvoll. Wir beteiligen uns nicht an den Ritualen anderer Parteien, die von einem „weiter so“ bis zu „alles muss anders werden“ reichen. Nüchternheit und Augenmaß sind das Markenzeichen der Union, wenn es um die Sicherheit in unserem Land geht.

Für uns ist Sicherheit mehr als der Schutz vor Gewalt und Straftaten. Sicherheit fängt für uns mit Respekt an, mit klaren Regeln und deren Einhaltung – im Alltag zu Hause, in der Nachbarschaft, im Stadtviertel, in Bussen und Bahnen. Sicherheit beginnt damit, dass Frauen bei Tag wie bei Nacht allein und unbehelligt auf die Straße gehen können.

Dafür braucht es einen starken Staat, der sich schützend vor seine Bürgerinnen und Bürger stellt. Ein starker Staat wiederum braucht mutige Frauen und Männer, die aktiv für Ordnung und Sicherheit eintreten – bei der Polizei und den Sicherheitsbehörden, beim THW, bei den Freiwilligen Feuerwehren, bei den Hilfs- und Rettungsorganisationen.

Im Bund hat die Union bereits einen beispiellosen Personalzuwachs bei den Sicherheitsbehörden durchgesetzt: bis 2020 schaffen wir hier über 10 000 neue Stellen.

In unserem Regierungsprogramm haben wir uns vorgenommen, die Zahl der Polizistinnen und Polizisten in Bund und Ländern noch einmal um 15 000 zu erhöhen. Dadurch wollen wir auch die Polizeipräsenz im öffentlichen Raum stärken.

Neben gutem Personal braucht ein starker Staat vor allem eine gute Ausrüstung und klare Befugnisse. Auch hier haben wir schon viel erreicht, zum Beispiel durch den Einsatz von BodyCams und Kennzeichenlesegeräten bei der Bundespolizei oder durch die Einführung der Vorratsdatenspeicherung und der Online-Durchsuchung.

Im Zeitalter der Digitalisierung kommt es darauf an, mit dieser Entwicklung weiter Schritt zu halten. Als Union wollen wir deshalb den Einsatz intelligenter Videotechnik auch zu Fahndungszwecken verstärken, die Schleierfahndung in ganz Deutschland ermöglichen und den Zugang der Sicherheitsbehörden zu vorhandenen Datenbanken erleichtern, wenn es um die Verhinderung oder Aufklärung schwerer Straftaten geht.

Es darf in unserem Land keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben. Deshalb werden wir ein gemeinsames Musterpolizeigesetz erarbeiten, ein einheitliches Informationssystem für die Polizeien von Bund und Ländern einführen sowie das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum so weiterentwickeln, dass dort verbindlich über den Umgang mit Gefährdern entschieden werden kann. Die Union ist und bleibt die Partei der inneren Sicherheit.

Dr. Thomas de Maizière MdB
ist Bundesminister des Innern



Foto: Laurence Chaperon

Gute Arbeit auch für morgen – Vollbeschäftigung für Deutschland

Starke Wirtschaft

In der Sozialen Marktwirtschaft setzen wir auf die Kraft und die Kreativität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie von Unternehmerinnen und Unternehmern. Aber Solidarität und soziale Gerechtigkeit sind dabei unverzichtbar. Die CDU lässt niemanden zurück.

Mittlerweile hat Deutschland die geringste Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten, und Löhne und Renten steigen weiter, es gibt mit 44 Millionen Erwerbstätigen so viele Beschäftigungsverhältnisse wie noch nie, und die Zahl wächst ständig; Vollbeschäftigung ist kein Traum mehr. Seit 2005 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um mehr als fünf Millionen gestiegen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist die niedrigste in Europa. Das alles bedeutet mehr Wirtschaftswachstum, höhere Löhne, mehr Steuereinnahmen und mehr Wohlstand für unser Land.

Dafür bedarf es aber geeigneter und qualifizierter Fachkräfte in großer Zahl. Deshalb werden wir unsere Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Weiterbildung erheblich verstärken und legen eine „Nationale Weiterbildungsstrategie“ auf. Frauen wollen wir es leichter ermöglichen, sozialversicherungspflichtig zu arbeiten. Und wir wollen, dass Männer und Frauen gleiches Geld für gleiche Arbeit bekommen. Mit dem Entgelttransparenz-Gesetz haben wir dazu einen wichtigen Schritt gemacht. Wir überprüfen es ständig und werden in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern weitere Schritte unternehmen.

Gerade im Bereich der Altenpflege sind viele Arbeitnehmerinnen tätig. Um ihnen den Berufseinstieg zu erleichtern, haben wir das Schulgeld für die Ausbildung in der Altenpflege bereits abgeschafft. Auch in anderen sozialen Berufen

wollen wir diesen Weg beschreiten. Das betrifft unter anderem Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden.

Im Arbeitsrecht werden wir offenkundige Missbrauchsmöglichkeiten abstellen. So soll gute Arbeit nicht einfach durch schlechtere Arbeitsverhältnisse ersetzt werden. Gerade Berufsanfänger brauchen für eine Familiengründung eine verlässliche Perspektive. Durch Neuregelungen bei der Zeitarbeit und bei Werkverträgen haben wir schon wichtige Verbesserungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erzielt. Daran werden wir weiter arbeiten.

Auch bei der Rückkehr von Arbeitnehmerinnen aus Mutterschutz und Elternzeit wollen wir weitere Verbesserungen erreichen. Neben dem bereits bestehenden Rechtsanspruch auf Teilzeit wollen wir in Unternehmen von einer bestimmten Größe an einen Anspruch auf befristete Teilzeit schaffen, um die Rückkehr in berufliche Vollzeitarbeit zu erleichtern.

Darüber hinaus wollen wir mehr Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung. Mit der Einführung der Frauenquote in Aufsichtsräten haben wir erste Erfolge erzielt und wollen im öffentlichen Dienst bis spätestens 2025 eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Leitungsfunktionen auf allen Ebenen verwirklichen.

Wir haben in den vergangenen Jahren viel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land erreicht. Diesen erfolgreichen Kurs wollen wir auch in den kommenden vier Jahren fortsetzen.

Dr. Ralf Brauksiepe MdB ist Parlamentarischer Staatssekretär und Vorsitzender des Bundesfachausschusses Arbeit und Soziales der CDU

Vergewaltigung als Strategie



Frauen schützen – Vergewaltigung als Mittel der Kriegsführung ächten

Kriege bringen immer großes Leid über die Menschheit. Frauen und Männer, Kinder und Ältere werden bombardiert, ausgehungert, vertrieben. Sie verlieren ihre Angehörigen, ihr Hab und Gut, ihre Heimat. Besonders perfide ist es, wenn sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen als strategisches Mittel der Kriegsführung eingesetzt wird. Das geschah während des Zweiten Weltkrieges genauso wie in Bosnien und Ruanda in den 1990er Jahren. Jüngstes Beispiel für diese systematische Gewalt ist das Schicksal der jesidischen Frauen im Nordirak. Seit dem Sommer 2014 vergewaltigte, versklavte und tötete die Terrormiliz Islamischer Staat im Sindschar-Gebirge tausende jesidische Frauen und Kinder. Noch immer sind über 3000 Mädchen und Frauen in der Hand der IS-Terroristen.

Wenn Vergewaltigung zur Kriegswaffe wird, dürfen wir nicht wegschauen. Wir verurteilen dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit, diesen grausamen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht aufs Schärfste. Wir leisten Hilfe und wollen verhindern, dass die Verbrecher ungeschoren davonkommen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deshalb zusammen mit der jesidischen Journalistin und Gründerin der Hilfsorganisation Hawar.help, Düzen Tekkal, Ende Juni einen Kongress zum Thema ausgerichtet. Dort ging es nicht nur darum, Betroffene zu Wort kommen zu lassen, sondern auch darum, Möglichkeiten der Hilfeleistung aufzuzeigen – von der psychologischen Betreuung der Opfer über finanzielle Unterstützung für Projekte vor Ort bis zur Aufarbeitung der Verbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof. Die unionsgeführte Bundesregierung setzt sich mit Unterstützung

der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits seit vielen Jahren dafür ein, Frauen vor Gewalt in bewaffneten Konflikten zu schützen und sie bei der Konfliktlösung einzubeziehen. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen arbeitet sie an der Umsetzung der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“, die genau das zum Ziel hat.

Im Zeitraum von 2013 bis 2016 setzte die Bundesregierung einen ersten Aktionsplan mit 196 Maßnahmen um, um Frauen und Mädchen vor Menschenrechtsverletzungen und speziell vor sexueller Gewalt in Konflikten zu bewahren. Die Maßnahmen umfassen die medizinische, psychologische und rechtliche Unterstützung sowie den Aufbau von Frauenhäusern oder Flüchtlingslagern, die besonders auf die Bedürfnisse von Frauen zugeschnitten sind. Hohe Priorität hat darüber hinaus die Betreuung und Rehabilitation der Opfer.

Ein im Januar dieses Jahres verabschiedeter zweiter Aktionsplan baut auf dem bereits Erreichten auf und sieht für den Zeitraum 2017 bis 2020 zahlreiche weitere Maßnahmen und Projekte vor, um Frauen zu schützen, aber auch um sie in die Bewältigung von Konflikten einzubeziehen. Damit unterstreichen wir, dass die Agenda von „Frauen, Frieden, Sicherheit“ ein Querschnittsthema der deutschen Politik ist. Die Belange von Frauen und Mädchen werden systematisch in den Instrumentenkasten der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik einbezogen. Denn kein Friedensprozess kann funktionieren, wenn die Hälfte der Bevölkerung davon ausgeschlossen ist.

Volker Kauder MdB ist Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Heimatministerin, das klingt nett. Tatsächlich ist die Landesvorsitzende der Frauen Union, Ina Scharrenbach, gerade eine der mächtigsten Ministerinnen in NRW geworden.

Fachkenntnis, Hartnäckigkeit, Ausdauer

Kisten packen, Organisationspläne absegnen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennenlernen – kaum im Amt angekommen, wird die neue Ministerin für „Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung“ gleich mit dem ganzen Haus umziehen. Für Ina Scharrenbach dürfte das aber keine allzu große Herausforderung sein. Aufgaben effizient umsetzen und gesteckte Ziele erreichen, so hat sie jahrelang in der freien Wirtschaft gearbeitet. Ihr Ressort wechselt vom Düsseldorfer Landeshaus in das bisherige Verkehrsministerium, einem großen roten Backsteinbau am Jürgensplatz – mit viel Potenzial. Hier war nach dem Zweiten Weltkrieg die Internationale Ruhrbehörde, die Aufsicht über die Montanindustrie an Rhein und Ruhr, untergebracht.

Viele Dinge zum Mitnehmen ins neue Büro hat Scharrenbach nicht, nur ein Kruzifix aus dem Straßburger Dom – dafür aber umso mehr politische Themen, die sie jetzt anpacken will.

„Heimat heißt, sich sicher zu fühlen und in einem vertrauten Umfeld zu leben“, erklärt die 40-jährige. „Der Begriff Heimat ist für mich die Brücke zwischen den Bereichen Kommunales, Bau und Gleichstellung.“ So will sie den ländlichen Raum durch bessere Nahverkehrsverbindungen attraktiver machen und die Bautätigkeit dort wie in der Stadt fördern. Dabei müsse Stadtplanung das Sicherheitsbedürfnis der Menschen viel stärker berücksichtigen, gerade „Angsträume“ für Frauen gelte es zu vermeiden.

Die Kölner Silvesternacht zum Jahreswechsel 2015/2016 habe Gewalt gegen Frauen wieder in den öffentli-

chen Blickpunkt gerückt. Scharrenbach will dazu eine Landeskoordinierungsstelle zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Männer und zur Stärkung des Opferschutzes einrichten. „Und völlig klar, wer hier leben will, muss sich an unsere Gesetze halten“, erklärt die Ministerin.

Von der inneren Sicherheit schlägt sie den Bogen zur Gleichstellung: „Frauen bilden 50 Prozent der Bevölkerung ab und das sollte in allen Bereichen deutlich werden; wir streben unter anderem an, die im Landesdienst bereits vorgeschriebene Quote von 40 Prozent Frauen in allen relevanten Verwaltungsgremien zu erreichen.“ Scharrenbach ist eine Befürworterin der Quote: „Am besten ist es, wenn die Geschlechter freiwillig 50/50 beteiligt werden. Klappt das nicht, bedarf es einer Quotenregelung.“

Bei der CDU in Nordrhein-Westfalen ist es – auch dank des CDU-Landesvorsitzenden und heutigen Ministerpräsidenten Armin Laschet – gelungen, den Anteil von weiblichen Landtagsabgeordneten mit Direktmandat gegenüber 2012 deutlich zu erhöhen. Von den derzeit 72 Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion sind 16 Frauen über ein Direktmandat in den nordrhein-westfälischen Landtag eingezogen, zwei Frauen über die Landesliste: „Ziel ist es, diese positive Entwicklung weiter auszubauen: Wir brauchen mehr Frauen in Direktwahlkreisen – übrigens auch für den Deutschen Bundestag.“

Ina Scharrenbach ist mit ihrem Zwillingbruder in Kamen aufgewachsen, die Eltern hatten eine Gärtnerei,

frau & info

die jetzt der Bruder führt. „Meine Eltern haben viel gearbeitet und wenn wir helfen konnten, haben wir geholfen. Wir hatten einen starken familiären Zusammenhalt.“

1996 trat Ina Scharrenbach in die CDU ein – die Existenz der Eltern als hart arbeitende Mittelständler und der Satz von Helmut Kohl „Leistung muss sich lohnen“ seien für sie prägend gewesen. Seit 2012 ist sie stellvertretende Landesvorsitzende der CDU NRW und seit März dieses Jahres Landesvorsitzende der Frauen Union.

Ihr „Heimatministerium“, übrigens das zweite nach Bayern, das diesen Begriff im Titel trägt, gilt als mächtiges Ressort in Nordrhein-Westfalen. Für Ina Scharrenbach ist das vor allem ein klarer Auftrag. Für ihre Hobbies, wie Freunde zu treffen, Sport zu treiben oder Urlaub am Meer zu machen, dürfte noch weniger Zeit bleiben. Abheben wird die Heimatministerin jedenfalls nicht – im Gegenteil: „Nach vorne schauen und Traditionen bewahren: Heimat ist vielfältig. Diese Vielfältigkeit gilt es in Nordrhein-Westfalen zu erhalten. Heimat ist die unsichtbare Wurzel, die jede und jeder von uns in uns trägt.“

Vera Schalck

Deutscher Frauenrat



Um Rechtspopulismus und Antifeminismus ging es bei der Diskussionsveranstaltung vor der Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrats (DF). Die FU-Landesvorsitzende aus Brandenburg Kristy Augustin MdL war mit von der Partie, hob dabei die Relevanz des Wahlverhaltens von Frauen hervor.

Carla Neisse-Hommelsheim, Mitglied des Gesamtvorstandes des DF, berichtet hier über ihre Leitung des Fachausschusses „Flucht und Integration“:

Der Fachausschuss hatte die Aufgabe, praktische Konzepte, Vorschläge und Forderungen zu erarbeiten, die auf eine gelingende Integration von geflüchteten Frauen und Mädchen in Deutschland zielen. Es wurden Faktoren herausgearbeitet, die einer Integration förderlich sind bzw. ihr entgegenstehen. Die Ergebnisse sind im Positionspapier „Alle mitnehmen: Integration geflüchteter Frauen und Mädchen muss gelingen“ zusammengefasst.

Außerdem haben wir verschiedene Themen bearbeitet, aus denen zum Beispiel der Antrag „Ausrichtung des Aufhebungsverfahrens bei Minderjährigen-Ehen auf das spezifische Wohl des Kindes“ entstand. Nach Beratungen mit der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes hat die Frauen Union gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratischen Frauen und dem Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. einen Gruppenantrag in die Mitgliederversammlung eingebracht. Ein sehr zufriedenstellendes Ergebnis partnerschaftlicher und überparteilicher Zusammenarbeit, die im DF durchaus möglich und ausbaufähig ist.

Die Mitgliederversammlung 2017 hat den Fachausschuss „Flucht und Integration“ um ein Jahr verlängert. Im Austausch mit Migrantinnen und geflüchteten Frauen soll eine Fachveranstaltung durchgeführt und Good-Practice-Beispiele für ein Empowerment von Frauen mit Flucht- und Migrationshintergrund mit dem Ziel der gleichberechtigten Integration und Teilhabe vorgestellt und diskutiert werden; aber auch über Empowerment-Konzepte für diejenigen Frauen reflektiert werden, die in ihre Heimatländer zurückkehren werden.



Interview mit dem Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) Thomas Rachel MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und Mitglied im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

500 Jahre Reformation

Warum feiern wir in Deutschland 500 Jahre Reformation?

Die Reformation hat die Welt, in der wir heute leben, wesentlich mitgeprägt. Sie war nicht nur ein kirchliches, sondern auch ein kulturelles, gesellschaftliches und politisches Ereignis für Deutschland und Europa. Sie hat unser nationales Selbstverständnis und unsere europäische Identität mitgeprägt. Im Zentrum der Reformation stand die Frage nach dem Verhältnis des Menschen zu Gott. Diese Frage neu zu entdecken ist eine Chance dieses Jubiläums.

Was bedeutet eigentlich „Reformation“?

Am 31. Oktober 1517 veröffentlichte Martin Luther seine berühmten 95 Thesen gegen den damaligen Missbrauch des Ablasswesens. Ablassprediger wie Johann Tetzel verkauften gegen Geld praktisch Freischeine zur Sündenvergebung. Darin sah Luther mit Recht einen Skandal. Er war damals Mönch und Professor in Wittenberg und wollte mit seinen Thesen eigentlich nur eine notwendige theologische Diskussion an der Universität anregen. Das weitete sich schnell zu einer großen Reformbewegung aus. Luther wollte die Kirche eigentlich nur von all diesen Missständen befreien und zu ihrem Grund, nämlich Jesus Christus, zurückführen und erneuern (sprich: reformieren).

Hat uns die Reformation vor 500 Jahren heute noch etwas zu sagen?

Ganz gewiss. Die Reformation war auch eine große Freiheits-, Bildungs- und Emanzipationsbewegung. Sie hat zu einem neuen Freiheitsbewusstsein geführt. Sie hat den

einzelnen Menschen völlig neu ins Zentrum der Betrachtung und Wertschätzung gerückt. Der Wert einer Person wurde nun in Ihrer Anerkennung durch Gott begründet, unabhängig von ihrem gesellschaftlichen Status oder Vermögen. Die Reformation hat deutlich gemacht, dass persönlicher Glaube und persönliche Bildung untrennbar zusammengehören. Erst durch sie haben wir ein öffentliches Schulwesen. Luther ist gegen alle Widerstände und Bedrohungen seinem persönlichen Gewissen und seinen Glaubensüberzeugungen gefolgt. Er bleibt Vorbild auch in der beherzten Rede.

Was ist in Ihren Augen der größte Verdienst Luthers?

Neben seinen theologischen Erkenntnissen mit Sicherheit die vollständige Übersetzung der Bibel in die deutsche Sprache. Damit hat Martin Luther den Grundstein für unsere moderne deutsche Sprache und Literatur gelegt.

Was ist mit den Schattenseiten der Person Luthers?

Luther war gewiss alles andere als ein Heiliger. Aber das hätte er auch niemals von sich selbst behauptet. Seine letzten Worte lauteten: „Wir sind Bettler – das ist wahr.“ Hier spricht dann doch wieder ein vor Gott demütiger, frommer Mensch. Aber Luther hatte auch andere Seiten: Er war aufbrausend, unbeherrscht und jähzornig. Die Erinnerung an Luthers spätere feindselige Haltung gegenüber den Juden erfüllt uns mit Trauer und Scham. Luther war also eine vielschichtige und manchmal auch widersprüchliche Person.

frau & info

Familienpolitik im Fokus des Kirchentages

Du siehst mich

(1. Mose 16,13)



Der 36. Deutsche Evangelische Kirchentag war ein besonderes Glaubensfest, da er wegen des Reformationsjubiläums erstmals an zwei Orten stattfand – in Berlin und in Wittenberg. Es gab mehr als 2000 Veranstaltungen. Die Vorsitzende der Frauen Union Annette Widmann-Mauz MdB diskutierte mit Vertreterinnen von SPD, Linkspartei und Journalisten zur Familienpolitik. Einige der Diskussionsbeiträge waren weniger vom Bemühen um eine gute Politik für Familien, sondern eindeutig dem Wahlkampf geschuldet. Die SPD-Familienministerin klagte über das Scheitern des geplanten Gesetzes für ein Rückkehrrecht von einem Teilzeit- auf einen Vollzeitarbeitsplatz. Dies konterte Annette Widmann-Mauz, Vorsitzende der Frauen Union der CDU, in dem sie den Ball an die SPD zurückspielte. Die Bundesarbeitsministerin hatte den Auftrag, mit den Tarifparteien gemeinsam eine Lösung zu finden. Andrea Nahles hat es versäumt, die Wirtschaft rechtzeitig ins Boot zu holen. Es fehlte eindeutig an Kompromissbereitschaft. Die Frauen Union der CDU hat in dieser Legislatur immer wieder einen Gesetzentwurf zum Rückkehrrecht gefordert. Ministerin Nahles hat bis zur letzten Minute gewartet. Wahltaktik leitet sie, nicht die Sorge um Frauen in Teilzeit. Bei der weiteren Diskussion sprach sich die Vorsitzende der Frauen Union Annette Widmann-Mauz für flexible Zeitmodelle, verlässliche und qualitätsvolle Kinderbetreuung auch im Grundschulalter sowie finanzielle Förderung von Familien durch ein „Familienkombi“ aus mehr Kindergeld und höherem Kinderfreibetrag sowie mehr Baukindergeld aus.

Ein starker Anziehungspunkt waren die Stände der CDU-Vereinigungen auf dem Markt der Möglichkeiten auf dem Messegelände in Berlin. Neben zahlreicher bundespolitischer Prominenz der CDU, wie Kanzleramtsminister Peter Altmaier oder CDU-Generalsekretär Peter Tauber, kamen viele Kirchentagsbesucher an den Stand der Frauen Union, um über Themen wie die Steuerklassenwahl und die Vorteile des Faktorverfahrens, die finanzielle Entlastung von Familien oder bessere Kitas engagiert zu diskutieren.

Welche Rolle könnte Luther in der heutigen Zeit spielen?

Luther war ein mutiger Wahrheitssucher und ein Freiheitskämpfer aus tiefer christlicher Glaubensüberzeugung heraus. Ich glaube, er würde uns dazu ermahnen, uns für unsere Nächsten einzusetzen, unsere solidarischen und gesellschaftlichen Pflichten zu erfüllen und auch persönlich ein verantwortliches und gewissenhaftes Leben zu führen. Und er würde wohl auch vor allem leidenschaftlich gegen die leider weit verbreitete Gottvergessenheit in unserer modernen Gesellschaft streiten.

Was bedeutet die Reformation für Sie als Politiker?

Luther trat für eine wohlverstandene Unterscheidung, keineswegs: Trennung, von kirchlichen und staatlichen Aufgaben, die es so damals ja noch gar nicht gab. Die Reformation ermutigt uns Christen zur Wahrnehmung von Verantwortung statt zum Rückzug aus der Welt. Die „Freiheit eines Christenmenschen“ ist eben nicht die radikale Freiheit von allem und jedem, sondern die Freiheit in Bindung und Verpflichtung.

Welche Rolle spielt die Ökumene im Jubiläumsjahr?

Ich bin glücklich, dass wir – im Geiste der versöhnten Verschiedenheit – dieses Jahr als gemeinsames „Christusfest“ feiern und an den verbindenden Grund des Glaubens erinnern. Die gewachsene Ökumene ist ein Geschenk. Uns vereint längst mehr, als uns trennt. Diese Welt braucht Christen, die sich gemeinsam für diese Welt engagieren.



Elisabeth Motschmann MdB sprach während eines Dialogprogramms in Washington D.C. und Columbus, Ohio, mit Nico Lange über Handels- und Klimapolitik sowie politisches Engagement von Frauen in den USA.

Dialog mit Frauen Ära Trump

Nico Lange: Frau Motschmann, herzlich willkommen bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington, DC. Sie sind hier um sich ein Bild zu machen von der Situation in den Vereinigten Staaten von Amerika aber auch über die spezifische Politik für Frauen und von Frauen zu sprechen in den USA. Warum finden Sie es wichtig persönlich hierherzukommen und Gespräche zu führen?

Elisabeth Motschmann: Wir haben im Augenblick eine sehr kritische Presse im Hinblick auf die Trump-Regierung und ich denke die transatlantischen Beziehungen müssen weitergehen. Ich bin auch überzeugt davon, dass es so unglaublich viele Kontakte in dieses Land gibt, die für uns wichtig sind, die aber auch für die USA wichtig sind – ob das nun im Handel, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, in der Kunst ... auch persönlich. Viele Familien sind ja auch verbunden, so dass wir allen Grund haben, uns vor Ort ein Bild zu machen und das ja auch manches korrigiert. Das kann man schon nach den ersten Gesprächen sehen, dass hier die Welt weitergeht und nicht untergeht.

Und, dass wir jetzt auch mit den Frauen ins Gespräch kommen, das finde ich deshalb wichtig, weil die oft einen realistischen Blick auf die Verhältnisse haben als Männer. Wenn man weiß wie die Frauen ticken, wie es den Frauen geht, den Familien geht, den Kindern geht, weiß man eigentlich wie es einem Land geht.

Nico Lange: Sie haben das erwähnt, Sie sprechen mit Frauen. Wir haben Termine organisiert mit politisch engagierten Frauen insbesondere aus der republikanischen Partei. Es gibt auch, entgegen vieler anderer Meldungen,

viele Frauen, die Donald Trump und die Republikaner unterstützen. Was ist Ihre Botschaft als deutsche Politikerin an diese Gesprächspartner?

Elisabeth Motschmann: Zunächst mal möchte ich immer Frauen ermutigen sich politisch zu engagieren. Sich in ein politisches System zu begeben, weil sie eben manches anders sehen und auch verändern als Männer. Das ist die erste Botschaft. Die zweite ist, dass wir lernen können, wie hier Frauen akquiriert werden für die politische Arbeit. Das ist anders als bei uns. Aber das Problem ist, warum Frauen sich nicht politisch oder ungern politisch engagieren und immer Hemmungen haben und sagen „kann ich das? Bin ich gut genug ausgebildet? Bin ich ein politischer Experte oder nicht?“ Da sind Frauen zurückhaltender und da muss man sie ermutigen. Das müssen wir, das müssen die Amerikanerinnen, haben wir gerade eben gehört. Männer sagen „ja klar kann ich das. Natürlich mache ich das. Gar kein Problem.“ Die sehen vieles nicht und Frauen sind da in der Defensive und wir müssen sie in die Offensive bringen.

Nico Lange: Sie sind auch im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages aktiv, sind Außenpolitikerin. Die außenpolitische Situation ist nicht ganz einfach im Moment in Bezug auf Verteidigungspolitik, Handelspolitik, Klimapolitik. Was ist aus Ihrer Sicht jetzt wichtig im Dialog mit Amerika?

Elisabeth Motschmann: Also zunächst mal, dass wir ganz eng beieinander bleiben in der NATO. Das ist Nummer eins. Weil weder Europa, und schon gar nicht Deutschland, irgendein Problem auf dieser Welt lösen kann ohne den Partner USA und deshalb ist dieser Zusammenhalt als erstes wichtig.

frau & info

Europäisches Frauennetzwerk



In der Klimapolitik sind hier Entscheidungen gefallen, die wir so nicht teilen können und auch bedauern, aber daran muss man dann eben auch weiterarbeiten und gucken, was kann man tun und wie kann man diesen Bereich weltweit stabilisieren, selbst wenn Amerika sich jetzt mindestens für eine Legislaturperiode verabschiedet.

Im Handel, da wird der Handelsüberschuss beklagt. Aber es ist sehr schwer für uns, den Amerikanern zu sagen „kauft keine deutschen Produkte!“. Sie sind halt so gut, worauf wir auch stolz sind, dass sie gekauft werden. Da kann man nur den Amerikanern sagen „seid ebenso gut oder besser“. Dann wird sich daran etwas ändern, aber nicht indem man das in irgendeiner Form durch Zölle reguliert. Davon würde man immer abraten. Ein freier Handel bleibt wichtig und ich möchte nicht, dass China in die Fußstapfen Amerikas tritt und da der Vorreiter wird und uns Nachhilfeunterricht gibt, wie in der westlichen Welt freier Handel aussieht. Das sollte schon Amerika bleiben. Den Anspruch sollte dieses Land auch selbst haben. Das ist ja auch seine große Stärke. Die Stärken dieses Landes gehen ja nicht weg, weil es einen Präsidenten gibt, der vielleicht anders agiert als die Vorgänger.

Ich will auch zuhören. Ich will nicht Vorurteile hierher tragen. Das ist nicht mein Anliegen, sondern Reinhören in das politische System um es zu verstehen, auch um zu verstehen warum auch Frauen Trump gewählt haben. Das ist ja aus der Entfernung schwer nachvollziehbar. Aber hier auf einmal sieht die Welt doch noch einmal anders aus. Dieses andere politische Agieren muss man zunächst verstehen, bevor man dann anfängt, Kritik zu üben. Wir müssen es besser machen. Immer wenn man etwas besser machen will, muss man erstmal gucken wie andere es machen.

Nico Lange: Wir als Konrad-Adenauer-Stiftung wollen diese Art des Dialogs sehr gern fördern. Vielen Dank Frau Motschmann.

Elisabeth Motschmann: Sehr gerne. Ich finde es übrigens toll, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung, diese Idee aufgegriffen hat, die ja noch nicht so verbreitet ist, dass Frauen hierher fahren und sich informieren vor Ort. Auch da sind die Männer leider besser als wir. Die Netzwerke sind einfach andere und sie sind schneller in der Kommunikation auch mit den amerikanischen Partnern und das müssen wir Frauen auch tun. Vielen Dank!

Die Ratsversammlung der Europäischen Frauen-Union (EFU) in Prag wurde durch die anstehenden Vorstandswahlen geprägt. Zur neuen Präsidentin wurde die Britin Margaret Hales gewählt.

Aus Deutschland wird das Vorstandsteam neu mit Eva Möllring als Vizepräsidentin + neben Aphrodite Bletas und Jana Spekhorst-kova komplettiert. Mit Gisela Grabow stellt die Deutsche Sektion der EFU wieder die Vorsitzende der „Legal and Human Rights Commission“.

Verabschiedet wurde die ehemalige Vorsitzende der Deutschen Sektion der Europäischen Frauen-Union Bärbel Steinkemper nach 20 Jahren unermüdlichen Einsatzes für Europa im EFU-Vorstand. Die hohe Anerkennung für ihre Arbeit wurde bei der Verabschiedungszeremonie deutlich.

Neben den nationalen Berichten, aus Deutschland mit dem Fokus auf die bevorstehende Bundestagswahl, gab es spannende Berichte aus dem Gastgeberland Tschechien und der Ukraine.

Die Resolutionen befassten sich mit den Themen Terrorismus, Migration und Flüchtlinge.

Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · Telefon 030 22070-452 · Telefax 030 22070-439 · fu@cdu.de · www.frauenunion.de · **Bundesgeschäftsführerin:** Claudia Hassenbach · **Redaktionsleitung:** Silke Adam · **Verlag:** Union Betriebs-Gesellschaft mbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 02226 802-0 · Telefax 02226 802-111 · Telefon Vertrieb 02226 802-213 · Geschäftsführer: Rudolf Ley · **Erscheinungsweise:** 6-mal im Jahr · **Bezugspreis:** Einzelpreis 2,50 Euro · Jahresabonnement: 15,- Euro · **Bankverbindungen:** Sparkasse KölnBonn (IBAN DE20370501980007510183, BIC COLSDE33XXX) · Postbank Köln (IBAN DE67370100500193795504, BIC PBNKDEFFXXX) · **Anzeigenverwaltung:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · **Layout, Satz & Druck:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Dieses Produkt wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.

FU!



CDU

**Falls am Wahltag etwas
dazwischenkommt.**

Für die CDU schon heute per Briefwahl stimmen.
Infos unter: www.briefwahl17.de